

Forum

Gelebte Demokratie

Viele Zeitgenossen haben sich politisch längst auf die bequeme Zuschauertribüne zurückgezogen. Sie schauen dem Zeitgeschehen zu und äussern sich gelegentlich hinter vorgehaltener Hand oder im privaten Kreis mit einer kritischen Bemerkung. Aber nur schon das Mitunterzeichnen in einem Aktionskomitee für oder schon gar nicht gegen eine Behördenvorlage oder eine Meinungsäusserung in einem Leserbrief wird mit allerlei Ausreden dankend abgelehnt. Die Anfrage für ein aktives Mitmachen in einer Behörde empfinden viele gar als Zumutung. Dabei lebt gerade unsere Referendumsdemokratie davon, dass die Bürger mitmachen und nicht einfach zuschauen!

Es gibt natürlich vielfältige Gründe für ein politisches Abseitsstehen: Die Anonymität unserer Gesellschaft hat längst ihre Spuren hinterlassen und liegt im Trend. Aber auch die wirtschaftlichen und sozialen Abhängigkeiten veranlassen viele zur politischen Abstinenz. Bequemlichkeit, Unverständnis und die Angst, etwas Falsches zu sagen, sind weitere Grün-

de. Man begnügt sich, an Abstimmungen und Wahlen teilzunehmen und so mindestens die Bürgerpflicht zu erfüllen und damit das Gewissen zu beruhigen.

Dabei ist – wie es die frühere deutsche Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth einmal treffend formulierte – «öffentliche Kontrolle und gegebenenfalls Kritik an Politikern in der Demokratie nicht nur berechtigt, sondern unerlässlich». Es sei hier erwähnt, dass die öffentliche Hand mittlerweile einige Möglichkeiten für den interessierten Bürger bereitstellt: So sind in unserem Kanton die Entscheide der höchsten kantonalen Gerichte im Netz laufend abrufbar. Auch verschafft das Öffentlichkeitsgesetz die Möglichkeit, amtliche Dokumente zur Einsicht zu verlangen, auch wenn dieser Zugang hierzulande noch Verbesserungspotenzial hat.

Nebst der Bürgerschaft spielen vor allem auch die Medien bei der öffentlichen Kontrolle und beim demokratischen Meinungsbildungsprozess eine massgebliche Rolle. In

ihrer Funktion als vierte Gewalt im Staat obliegt ihnen eine grosse Verantwortung für die Fortführung und Weiterentwicklung unserer demokratischen Ordnung. Um diese Aufgabe in unserer von starker Konkurrenz geprägten Medienlandschaft erfüllen zu können, erhält die Regional- und Lokalpresse unter dem Titel Presseförderung denn auch nicht unbeachtliche finanzielle öffentliche Mittel.

In den Landkantonen kommt dabei den Lokalmedien, namentlich der Lokalpresse und den Lokalradios, eine erstrangige Bedeutung zu. Sie können wesentlich zur Meinungsbildung beitragen und Bürger und Bürgerinnen in ihren Bemühungen um ein aktives Mitmachen unterstützen. So hält etwa der «Bote der Urschweiz» in seinem aktuellen Redaktionsstatut fest: «Der «Bote» berichtet umfassend und fair über alle im öffentlichen Interesse stehenden Ereignisse aus seinem Einzugsgebiet. Kontroverse Themen werden in ihrer ganzen Breite und jeweils mit den besten Argumenten aller Beteiligten

dargestellt. Missliebige Fakten dürfen nicht unterdrückt werden.»

Diese hochgesteckten Zielsetzungen verlangen in der Praxis viel Engagement, aber auch Unabhängigkeit und Ausgewogenheit sowie Mut und Stehvermögen gegenüber den mehr oder weniger sanften Druckversuchen von Behörden oder von privaten Akteuren. Vor allem dann, wenn die Lokalpresse über ein gewisses Meinungsmonopol verfügt, sind Konflikte programmiert. Hier könnte die Einrichtung einer eigenen Ombudsstelle Abhilfe schaffen.

So verfügt beispielsweise das Medienhaus «Tamedia» seit einigen Jahren über eine solche Ombudsstelle, deren verantwortlicher Leiter jährlich Bericht erstattet. Als unabhängige Ansprechperson kümmert sie sich um die Anmerkungen und Einwendungen, um Lob und Tadel der Leser rund um die Zeitungsbelange. Das stärkt nicht nur die Nutzer-Medium-Bindung. Vielmehr verhilft die Ombudsstelle dem Medium, die Berichterstattung transpa-

renter zu gestalten und die Glaubwürdigkeit zu verbessern, weil das Medium für die Nutzer leichter erreichbar ist. Also eine Win-win-Situation, nicht zuletzt für eine gelebte Demokratie!



Toni Dettling
Der heutige Autor Toni Dettling war FDP-Ständerat.

Hinweis

Im «Bote»-Forum schreiben regelmässig prominente Schwyzerinnen und Schwyzer. Sie sind in der Themenwahl frei und schreiben autonom. Der Inhalt des «Bote»-Forums kann, muss sich aber nicht mit der Redaktionshaltung decken. (red)

LESERBRIEFE

Wahlchancen für Frauen mindern?

Zur Abstimmung über den Gegenvorschlag zur Majorzinitiative

Die überparteiliche Bewegung «Helvetia ruft» möchte, dass mehr Frauen in die politischen Ämter gewählt werden. Sie empfiehlt dafür ein simples wie wirksames und bei allen Parteien breit akzeptiertes Instrument, um dies zu erreichen: Frauen sollen zuoberst oder auf den vorderen Plätzen von Listen platziert werden.

Heute wenden die Parteien dieses Instrument bewusst an und erhöhen damit die Sichtbarkeit und Wahlchancen von Frauen auch auf diesem Weg. Wird jetzt aber am 12. März der Gegenvorschlag zur Majorzinitiative angenommen und damit das Wahlgesetz geändert, ist Schluss damit! Denn neu werden die Bisherigen immer zuoberst aufgeführt und ihre Reihenfolge ausgelost. Die restlichen Plätze

werden dann ebenfalls ausgelost. Diese Bestimmung würde dann neu auf allen Stufen gelten, also auch bei Gemeinderatswahlen.

Ausgerechnet jetzt, wo die Frauen-Thematik endlich an Fahrt aufgenommen hat, wird sie wieder gebremst. Es scheint, als ob sich hier dasselbe abspielt wie bei der Abstimmung zur Transparenzinitiative: Es werden scheinbare Verbesserungen versprochen, und erst nach der Annahme kommt das böse Erwachen, was die Gesetzesänderung für den Normalbürger und die Normalbürgerin wirklich bedeutet – nämlich Demokratieverlust. Und weil wir aus Fehlern lernen sollten, stimme ich Nein zum Gegenvorschlag zur Majorzinitiative.

Marlene Müller-Diethelm, Alt-Kantonsrätin FDP, Wollerau

Jetziges Wahlsystem ist vom Volk breit akzeptiert

Zur Abstimmung über den Gegenvorschlag zur Majorzinitiative

Das jetzige Wahlsystem ist fair, hat sich über lange Zeit bewährt und ist ausgewogen, darum wurde es nämlich auch eingeführt. Dass nun wegen ein paar einzelner «betüpfter» Politiker bei Regierungsrats- und Ständeratswahlen ein bewährtes, einfach verständliches demokratisches System als Ganzes geopfert werden soll, kann als Demokratieabbau betitelt werden.

Ob es mit einer «Kreuzlliste» zu mehr Transparenz kommt, ist zu bezweifeln, auch wird eine Einheitsliste ohne Parteibezeichnung bestimmt nicht übersichtlicher. Wahlvorgänge müssen einfach verständlich sein, um die Eintrittsschwelle für die Teilnahme tief zu halten und ein Maximum an gültigen Stimmen zu erzielen.

Das jetzige Wahlsystem ist einfach, fair und verständlich, ist vom Volk breit akzeptiert und hat sich schon über viele Jahre bewährt. Es gilt, das heutige Wahlsystem beizubehalten aus all den oben erwähnten Gründen. Deshalb stimme ich Nein zum Gegenvorschlag zur Majorzinitiative.

Wendelin Schelbert, SVP-Kantonsrat, Ried-Muotathal

Ihr Leserbrief

Der «Bote der Urschweiz» versteht sich als Forums-Zeitung, die den verschiedenen Meinungen und Ansichten zur Verfügung steht. Trotzdem gelten aber auch für Leserbriefe einige Regeln.

Ihr Leserbrief muss mit Name, Vorname, genauer Adresse und Telefonnummer versehen sein, damit uns die Urheberschaft zweifelsfrei bekannt ist und Rückfragen möglich sind.

Die ersten Boten des Frühlings



Jedes Kind kennt die Schneeglöckchen. Es sind die ersten Blümchen, die nach der kalten Jahreszeit ihre Köpfchen aus dem Boden strecken.

Bild: Andreas Seeholzer

Quod erat demonstrandum – was zu beweisen war

Replik auf die Leserbriefe zum Forums-Beitrag von Elias Studer

Elias Studer schrieb in seinem Forums-Beitrag über das teils giftige, männlich geprägte Klima in der Schwyzer Politik. Und was passiert wenige Tage später? (Ausschliesslich) Männer aus dem Kantonsrat reagieren prompt empört und schreiben Leserbriefe zum Thema. Statt die eigene Rolle oder das eigene Verhalten kritisch zu reflektieren, schiesst man gleich aus vollem Rohr weiter und will das Problem nicht mal anerkennen. Elias Studer hat es beschrieben, die Herren haben es gleich bewiesen – q.e.d., quod erat demonstrandum.

Liebe Replik-Schreiber: Nur weil Sie sich von einem Problem nicht betroffen fühlen, bedeutet das nicht,

dass es nicht existiert. Als beispielhafter Vergleich: Ich kenne in meinem Umfeld niemanden persönlich, der die Debatte um den Wolf besonders wichtig findet. Mir ist aber sehr wohl bewusst, dass sie für viele in diesem Kanton sehr wohl sehr wichtig ist. Überlegen Sie sich das auch mal: Für Sie ist es vielleicht nicht wichtig, für andere aber schon.

Dass sich die SVP- und FDP-Fraktionsvorstände und ein Alt-Kantonsratspräsident berufen fühlten, sofort eine harsche Replik zu schreiben, deutet wohl eher darauf hin, dass mit der Debatte im Schwyzer Kantonsrat vielleicht doch nicht alles zum Besten steht.

Carmen Muffler, SP-Fraktionspräsidentin, Pfäffikon

Ist das Neue wirklich besser?

Zur Abstimmung über den Gegenvorschlag zur Majorzinitiative

Mit grossem Eifer versuchen die Befürworter der Majorzinitiative, das Wahlsystem im Kanton Schwyz komplett umzustellen. Ich frage mich: Ist denn das heutige Wahlverfahren wirklich so schlecht, wie es dargestellt wird, und – vor allem – wird das neue besser?

Heute erhalten wir jeweils mit den Wahlunterlagen sämtliche Listen aller Parteien oder anderer Gruppierungen. Damit ist schwarz auf weiss klar, welche Kandidaten eine Partei empfiehlt. Mehr Klarheit und Transparenz gegenüber dem Stimmvolk geht gar nicht. Die Stimmbürger sind mit diesem System vertraut und wissen, wie man richtig wählt. Unsere Demokratie funktioniert. Warum also

dieses System abschaffen? Eine Beseitigung des bewährten Wahlverfahrens wäre vor allem auch für die Gemeinden ein Verlust. Denn auch bei Wahlen für den Gemeinderat wären keine eigenen Listen mehr erlaubt. Das ist eine klare Verschlechterung im Vergleich zum heutigen System. Schon heute ist es schwer, motivierte Kandidatinnen und Kandidaten für Gremien zu finden. Mit einer eigenen Liste fühlen sich Kandidaten und Kandidatinnen von der eigenen Partei getragen und unterstützt. Darüber hinaus ist sicher, wer per Los einen hinteren Listenplatz erhält, hat definitiv schlechtere Wahlchancen. Darum sage ich am 12. März Nein zum Gegenvorschlag zur Majorzinitiative.

Rita Lüönd, Kantonsrätin FDP, Ibach